

## Die internationale Zivilgesellschaft Belächelt und beschworen

*Die Gegengipfel der Zivilgesellschaft werden oft als reine Medienereignisse oder Krawallkundgebungen abgetan. Doch die Gegenbewegung zur Globalisierung findet langsam den richtigen Tritt. Inhaltliche Differenzen bleiben.*

*Eine Bilanz nach dem Weltsozialgipfel von Porto Alegre von Claude Turmes (DÉI GRÉNG), Gipfelteilnehmer, Mitglied im Industrieausschuss und der WTO-Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments*

Sicherlich, die Medien sind derzeit ein dienlicher Gehilfe der globalisierten Zivilgesellschaft. Die Vertreter der Nichtregierungsorganisationen, die im Januar auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre beieinander waren, wurden von der internationalen Presse zu Botschaftern des Guten gemacht, die Delegierten der Wirtschaftskonferenz in Davos gerieten dabei zu Verlierern. Nicht zuletzt durch die geographische Trennung zwischen beiden Verhandlungsorten ergab sich die Möglichkeit, in den Medien das Bild einer Pro-Kundgebung zu vermitteln. Der Gipfel von Porto Alegre, das waren heitere Gesichter und entspannte Diskussionen; das Wirtschaftsforum von Davos ist in den Medien mit Bildern von übertriebenem polizeilichen Aufgebot, undemokratischen Vorgehensweisen und der Isolation der Mächtigen transportiert worden. Medial ist die "Globalisierung der Zivilgesellschaft" gelungen: Daran haben nicht zuletzt die Autoren des "Monde diplomatique", Bernard Cassen, Ignacio Ramonet und Ricardo Petrella, die maßgeblich an der Idee und der Konzeption der professionell organisierten Konferenz beteiligt waren, ihren Anteil. Die globalisierte Zivilgesellschaft braucht mediale Träger und die renommierte französische Monatszeitung wird wohl keine Mühe haben, ihre heute schon millionenschwere Leserschaft weiter auszubauen und zu

einem wichtigen weltweiten Medium aufzusteigen.

### **Erste globale Volkshochschule der Globalisierungsgegner**

Die mediale Präsenz ist wichtig, sie darf die Bewegung aber nicht zu politischem Schaulaufen treiben. Opposition gegen mächtige Weltbündnisse

---

**Die jüngsten Finanzkrisen haben nach zwanzig Jahren „pensée unique“ den Glauben an die Heiligkeit des absolut freien Geld- und Warenverkehrs angetastet.**

---

setzt politische Raffinesse und inhaltliche Geschlossenheit voraus. Die geographische Trennung zwischen Gipfel und Gegengipfel tat dabei der inhaltlichen Sammlung der Bewegung gut. In Seattle war dies nicht möglich, weil interne strategische und inhaltliche Diskussionen hinter öffentlichen Aktionen, Lobbygesprächen mit Regierungsvertretern und Presseaktionen zurückgestellt wurden. Der Sozialgipfel von Porto Alegre wurde demgegenüber mit seinen niveaivolten Konferenzen und seinen mehr als 500 Workshops zur ersten Weltvolkshochschule der Globalisierungsgegner. Für 15 000 meist sehr junge

Teilnehmer werden die Tage auf dem angenehmen Campus der Katholischen Universität von Porto Alegre ein Ereignis sein, das ihr politisches Bewusstsein nachhaltig beeinflussen wird. Und für die brasilianischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und die größte Oppositionspartei des Landes – "Partido dos Trabalhadores" (PT) - war der Gipfel eine wichtige Stütze: Im kommenden Jahr stehen in Brasilien Präsidentschaftswahlen an und die Chancen auf einen Sieg des PT standen seit 1989 nicht mehr so gut. Die Führung des PT weiß, dass eine wirklich andere Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik sich nur dann durchsetzen lässt, wenn Brasilien weltweit auf Verbündete zählen kann. In dieser Hinsicht hatte die Teilnahme von zwei WTO-kritischen französischen Ministern in Porto Alegre mehr als nur symbolischen Wert.

### **Auch in Porto Alegre gelang es nicht, alle kritischen Kräfte zu bündeln**

Doch auch dem brasilianischen Gipfel gelang es nicht, alle kritischen Kräfte zu bündeln: Die zaghafte Beteiligung von Organisationen aus den USA und dem angelsächsischen Europa, sowie die recht schwache Präsenz von Parlamentariern wurde allgemein bemängelt. Die Wahrnehmung der Folgen des Globalismus scheint in Europa

den Kulturgrenzen nach unterschiedlich zu verlaufen. Ein typisches Beispiel war die Schweiz: Die französischsprachigen Abgeordneten aus Genf und Umgegend waren massiv anwesend, während keiner ihrer deutschsprachigen Kollegen den Weg nach Brasilien gefunden hatte. Und während in Frankreich und Belgien große Pressedelegationen direkt vom Sozialforum berichteten, wurde das deutsche Publikum größtenteils mit Konserven von Reuters, CNN und AFP beliefert.

### Die Frage spaltet: Welche Wirtschaftspolitik dem mainstream entgegensetzen?

Die inhaltliche Auseinandersetzung über ein Modell der Gegenglobalisierung wurde in Porto Alegre vertieft. Dabei stellt sich allerdings zunehmend heraus, dass die Bewegung derzeit nicht auf alle Entwicklungen der globalisierten Weltwirtschaft durchdachte und konsensfähige Antworten geben kann: Während die konstruktive Kritik an WTO und Internationalem Währungsfonds unter dem Impuls von Denkfabriken wie dem "Transnational Institute" in Amsterdam ([www.worldcom.nl/tni](http://www.worldcom.nl/tni)) und dem "Observatoire de la Mondialisation" von Susan George in Paris ([www.terresacree.org/obsmondi](http://www.terresacree.org/obsmondi)) schon bis ins Detail ausformuliert ist, steht eine tiefgründige Diskussion über die Weltwirtschaftsbeziehungen im 21. Jahrhundert noch am Anfang. Interessante Konzepte bestehen und müssten auf ihre Kohärenz überprüft werden. Einen radikalen aber zusammenhängenden Ansatz liefert Colin Hines in seinem Buch „*Localization, a global manifesto*“ (1). Hines sieht vor allem in der Stärkung der lokalen Ökonomien eine effektive und schnelle Antwort auf die Globalisierung. In dieselbe Richtung weisen Konzepte einer „*économie solidaire*“ oder eines dritten Sektors. Während diese in einer ersten Phase nur als Gegenstrategie gegen Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung eingesetzt wurden, ist Frankreich dabei, das Konzept der lokalen Ökonomie weiter zu fassen.

Der französische Staatssekretär für die „*économie solidaire*“, der grüne Politiker Guy Hascoet, war in Porto Alegre einer der gefeiertsten Redner.

Bestrebungen, möglichst viel Wertschöpfung vor Ort zu halten, könnten allerdings von den derzeit in der EU feststellbaren Bestrebungen um eine weitgehende Liberalisierung der Sektoren Post, Energie und Transport zunichte gemacht werden. Motor für eine wilde Deregulierung wichtiger Bereiche des Wirtschaftslebens in der EU ist die Hoffnung von führenden Wirtschaftsbeamten in der EU-Kommission und in den Mitgliedstaaten, durch die Zerschlagung von staatlichen Monopolen einen Markt für europaweit agierende Multi-Service-Oligopole zu schaffen. Diese gebündelte Wirtschaftsmacht soll dann wiederum im Kampf um weltweite Marktanteile Europa gegen die USA und Japan verteidigen.

Die NRO, so wurde auf dem Gipfel von Porto Alegre deutlich, sind sich angesichts dieser Entwicklungen nicht unbedingt einig, welche wirtschaftspolitische Gegenstrategie sie fördern sollten. Derzeit sind die Dis-

kussionen über den Sinn einer eher exportorientierten oder eher räumlich geschlossenen Wirtschaftspolitik in den Reihen der NRO noch längst nicht abgeschlossen, so dass in Porto Alegre auf diesem Gebiet mehr Fragen als Antworten blieben. Somit bleibt die Entwicklung einer kohärenten Wirtschaftspolitik mit Sicherheit die größte Herausforderung an die weltweite Bewegung der NRO.

Konsens besteht darin, dass die Voraussetzung für geänderte Weltwirtschaftsbeziehungen größere Transparenz und mehr demokratische Kontrolle sind. Deshalb sollte nicht nur der Zugang der NRO zu internationalen Verhandlungen verbessert werden, parallel muss unbedingt auch die parlamentarische Kontrolle gestärkt werden. Denn im Gegensatz zur allgemeinen Wahrnehmung liegt die eigentliche Entscheidungsmacht bei WTO und IMF nicht – oder jedenfalls nicht nur – bei irgendwelchen dunklen Bürokraten, sondern bei den Wirtschafts- und Finanzministern von gewählten Regierungen. Allerdings sind diese Minister bei ihren internationalen Tätigkeiten derzeit keiner-



Pessin, in: *Le Monde*

lei Kontrolle unterworfen. Es bedarf folglich einer realen Stärkung des Parlamentarismus, damit die Entscheidungen auf internationaler Ebene, die in einer globalen Welt immer mehr an Bedeutung gewinnen, endlich demokratisch hinterfragt werden. Diese dringend notwendige demokratische Kontrolle sollte durch die enge Zusammenarbeit der Parlamente von regionalen Wirtschaftsblöcken – für die EU das Europäische Parlament – und den respektiven nationalen Parlamenten geschehen. Dabei sind auf beiden Ebenen auch immer die Sozialpartner miteinzubeziehen.

### **Das neoliberale Establishment ist stärker erschüttert, als es eingesteht**

Ansätze für demokratisch getragene Reformen des Weltwirtschaftssystems könnten derzeit besonders gut fruchten: Das neoliberale Establishment ist nach dem kläglichen Scheitern der letzten Welthandelskonferenz in Seattle in seinen Fundamenten weit tiefer erschüttert, als es nach außen hin eingestanden wird. Die Entwicklungsländer, die sich spätestens seit Seattle nicht länger mit den Brotsamen des Weltreichtums abspesen lassen, lehnen eine Neuaufnahme einer „Millenniumrunde“ weiterhin strikt ab.

Die aktuelle Entwicklung spielt ihnen zu: Der Widerstand gegen die heute gültigen Patentrechte dürfte weiteren Auftrieb erhalten, nachdem bekannt wurde, mit welchen menschenverachtenden Methoden amerikanische und europäische Pharmakonzerne ärmere Erdteile vom Zugang zu Aidsmedikamenten abschneiden. Auch durch die derzeitige Krise der europäischen Landwirtschaft verliert die auf Export und grenzenlosen internationalen Warenverkehr ausgerichtete WTO-Politik an Glaubwürdigkeit: Unfreiwillige genmanipulierte Maisimporte bringen die Verbraucher auf, der europäische BSE-Skandal beweist, dass die WTO-Beschränkung der europäischen Eiweißproduktion gefährliche Folgen hat und die Maul- und Klauenseuche schließlich ver-

deutlicht, dass ein grenzenloser Tiertransport auch Nachteile haben kann. Selbst im Finanzwesen kracht es im Gebälk: Die letzten Finanzkrisen haben nach zwanzig Jahren „pensée unique“ den Glauben an die Heiligkeit des absolut freien Geld- und Warenverkehrs angetastet. Nach dem mit Chile und Malaysia gerade die beiden Wirtschaften, die ihre Kapitalflüsse am strengsten regeln, die Asien- und Mexikokrise am besten überstanden

---

**Die Voraussetzung für geänderte Weltwirtschaftsbeziehungen sind größere Transparenz und mehr demokratische Kontrolle. Deshalb sollte nicht nur der Zugang der NRO zu internationalen Verhandlungen verbessert werden, parallel muss unbedingt auch die parlamentarische Kontrolle gestärkt werden.**

---

haben, macht die Idee einer dringenden notwendigen Regelung der spekulativen Geldflüsse, beispielsweise durch eine Tobinsteuer, auch in Finanzkreisen ihren Weg. Zusätzlich scheint die Entstehung von immer mehr regionalen Wirtschaftsblöcken – EU, Asean, Alena, Mercosur – zumindest anzudeuten, dass der Unsinn, selbst tonnenschwere Waren kreuz und quer durch die ganze Welt zu transportieren, erkannt ist.

In diesem Umfeld ist die Entscheidung des WTO-Sekretariats, im November dieses Jahres in Katar die in Seattle gescheiterte Millenniumrunde wieder aufzunehmen, als eine Flucht nach vorne zu interpretieren. Die Anhänger des neoliberalen Wirtschaftskurses wissen, dass die Zeit gegen sie spielt und versuchen, durch die Wahl eines Tagungsortes, der nicht einmal elementare Grundrechte wie das Demonstrations- und Streikrecht anerkennt, der öffentlichen Diskussion um die Ausrichtung des Welthandels aus dem Weg zu gehen. Die Chancen für Lamy, Moore und Co stehen allerdings schlecht, da insbesondere die Entwicklungsländer zumindest der-

zeit eine Aufnahme von Verhandlungen über neue Bereiche wie beispielsweise ein multilaterales Investitionsabkommen konsequent ablehnen.

### **Die EU als imperiale Macht oder als solidarischer Welt-Partner**

Mit dieser Ablehnungsfront muss es nun der neue US-Präsident aufnehmen. Die Wahl von Bush hat dabei zumindest den Vorteil, dass sie klare Fronten schafft und die nötigen Reibungsprozesse in Gang setzt, um sowohl innerhalb der USA eine kräftige Gegenbewegung zu provozieren, aber auch, um in Europa eine grundlegende Diskussion über die Ausrichtung der zukünftigen Weltpolitik zu führen. Die EU steht vor der Wahl: Will sie sich neben den USA als zweite imperiale Macht mausern oder wieder an eine – allerdings nicht immer konsequente – Politik der Solidarität mit anderen Teilen der Welt anknüpfen, so wie dies die bundesdeutsche Regierung Brandt beispielsweise in den 70er Jahren vormachte?

Die Politik Frankreichs kann die Diskrepanz verdeutlichen, in der viele EU-Mitgliedstaaten angesichts dieser Herausforderung stecken. Die französische Regierung hat parallel zwei Minister nach Davos und zwei nach Porto Alegre geschickt und kann sich selten eindeutig zwischen den hohen Ansprüchen an die kulturelle Vielfalt und die Qualität des öffentlichen Dienstes einerseits und den finanziellen Interessen seiner international agierenden Konzerne Lyonnaise des Eaux, Vivendi, EDF und Elf andererseits entscheiden. Unter dem Impuls der EU-Kommission Santer und dessen Außenhandelskommissar Sir Leon Britan hat die EU einen sehr liberalen, imperialistischen Welthandelskurs eingeschlagen, der unter dem neuen „sozialistischen“ Kommissar für Welthandelsfragen, Pascal Lamy, in der Essenz und mit geschickterer Rhetorik weitergeführt wird. Die EU-Kommission und die 15 Außenhandelsminister sind sich sogar nicht zu schade, den im Vertrag von Lomé festgeschriebenen Geist der Partnerschaft mit den ärmsten Län-

dern der Welt aufzukündigen und die Beziehungen zu den Lomé-Ländern mittelfristig auf den Status reiner Wirtschaftsbeziehungen abzusinken. In der heutigen EU-Außenhandelspolitik geht es nicht mehr um Solidarität mit den Ärmsten, sondern um Märkte für die multinationalen Unternehmen der EU in der sogenannten Dritten Welt.

Wie so oft in der EU ist diese Politik fast aller demokratischen Kontrolle entzogen. Die Politik der EU-15 in diesem wichtigen Bereich wird an den nationalen und dem europäischen Parlament vorbei in dem „Geheimzirkel des Komitee 133“ entschieden. In diesem diskreten nach dem Artikel 133 der EU-Verträge genannten Gremium sitzen hohe Beamte aus Wirtschafts- und Finanzministerien und der EU-Kommission. Nicht einmal Vertreter aus Entwicklungshilfe- oder Umweltministerien sind in die Entscheidungsfindung eingebunden. Ein Kontrollrecht des Europäischen Parlamentes über diesen sensiblen Bereich wurde auch bei der rezenten Regierungskonferenz in Nizza von den Staatschefs abgelehnt.

Eine politische Diskussion um die Ausrichtung der Welthandelspolitik der EU kommt somit nur schwer in Gang. Während in Belgien und besonders in Frankreich zumindest ansatzweise diskutiert wird, ist in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern eine fundamentale Infragestellung des heutigen Welthandelsmodells eher selten. Und auch in Deutschland lässt die rot-grüne Regierung es an Initiativen für eine solidarische Politik mit anderen Teilen der Welt mangeln. Vor dem Hintergrund dieser fehlenden parteipolitischen Bewegung auf europäischer Ebene hat sich im Europaparlament eine Gruppe von Abgeordneten der Grünen und der Linken gebildet, um die Diskussionen von Porto Alegre weiterzuführen.

### **Luxemburg: Entwicklungshilfe als Feigenblatt**

Luxemburgs Regierung reagiert auf die fatalen Entwicklungen der Weltwirtschaft weitgehend unberührt. Es vergeht kaum eine Woche, in der die Minister Goerens, Frieden oder Junker dem Wirtschaftsstandort Luxemburg nicht mittels der Anstrengungen der Luxemburger Entwicklungs-

---

**Luxemburgs Regierung reagiert auf die fatalen Entwicklungen der Weltwirtschaft weitgehend unberührt. Es vergeht kaum eine Woche, in der die Minister Goerens, Frieden oder Junker dem Wirtschaftsstandort Luxemburg nicht mittels der Anstrengungen der Luxemburger Entwicklungshilfe die „Absolution“ erteilen.**

---

hilfe die „Absolution“ erteilen. Was soll denn schon die Mitschuld eines kleinen Landes an Kapitalflucht und an der unsozialen Politik des Internationalen Währungsfonds und der WTO sein? Außenhandelsministerin Lydie Polfer hatte nach dem Debakel der Welthandelskonferenz von Seattle die Einrichtung eines transparenten Dialoges mit einem Konsortium von Luxemburger NRO angeboten. Der Informationsfluss des Außenministeriums in Sachen WTO ist seither allerdings nicht besser geworden. Und die zuständige Kommission des Luxemburger Parlaments für Außenpolitik, Außenhandel, EU-Politik und Armee hat seit Seattle das Thema Welthandel nicht mehr angesprochen.

Die Regierung weiß, dass es bei diesem Thema sowieso wenig politischen Druck in Luxemburg gibt. Die schweigende Mehrheit im Lande

scheint zu spüren, dass Luxemburg zu den Gewinnern der aktuellen neoliberalen Weltwirtschaftsordnung gehört. Und solange üppige Gewinne am Bankplatz und bei den hiesigen multinationalen Unternehmen es ermöglichen, den „draußen wehenden“ rauen Wind des Kapitalismus in Luxemburg halbwegs sozial abzufedern, wird dies wohl so bleiben. Und mit Justizminister Frieden, der aus einer Hand sowohl die Freizügigkeit des Kapitals, als auch die Abweisung von Wirtschaftsflüchtlingen betreibt, steht Luxemburg der Schweiz und seinem derzeitigen Meinungsmacher Blocher nur wenig nach.

In Luxemburg muss deshalb – wie in den meisten derzeitigen Gewinnerländern der Globalisierung – erst einmal die soziale Basis für eine politische Bewegung zu diesem Thema geschmiedet werden. Hoffnungslos ist dies nicht. Wir brauchen uns nur vor Augen zu führen, was einzelne NRO heute schon bearbeiten. Die Umweltbewegung beschäftigt sich heute schon mit globalen Themen, wie Klimaveränderung; die Mitglieder von Entwicklungsorganisationen kennen den Alltag in der Dritten Welt; Alterfinanz und Transfair zeigen Alternativen zum verantwortungslosen Umgang mit Geld und Konsumwaren und Caritas und Asti setzen sich für die Flüchtlinge ein, die aufgrund der heutigen Wirtschaftspolitik keine Zukunft mehr in ihren Ländern sehen. Was fehlt, ist die Bildung einer breiten Bewegung. Die „fête de la résistance“, die am 6. Oktober 2001 bereits zum dritten Mal in der Kulturfabrik stattfindet, könnte zum notwendigen Ausgangspunkt für eine solche Gegenbewegung werden.

**Claude Turmes**

Europaabgeordneter der „Grünen“

(1) Colin Hines, *Localization, a global manifesto*, Earthscan Publications, London 2000.